

Die Gründungsgründe der FAZ werden wieder relevant



PETER HOERES

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Geschichte der FAZ



BEN
VINTO

14. Januar
2020

Kampf um die Soziale Marktwirtschaft

Gastautor

Die Gründungsgründe der FAZ werden wieder relevant

Peter Hoeres berichtet in seinem Buch über die Geschichte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erstaunlich Aktuelles über die Hintergründe der Zeitungsgründung. Lesen Sie zum Buch einen Beitrag von Klaus-Rüdiger Mai.



Als der Würzburger Historiker Peter Hoeres an die Niederschrift seines lesenswerten Buches über die Geschichte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) ging, konnte er nicht ahnen, wie aktuell ausgerechnet die Gründe für die Entstehung der Zeitung in diesen Tagen werden: Längst überwunden Geglauhtes kehrt zeitgemäß aufgehübscht und von den neuesten Phrasen begleitet mit unheimlicher Wucht zurück.

Als hätte es keine Gulags, keine Mauer, keinen wirtschaftlichen Bankrott der sozialistischen Wirtschaft gegeben,

wird im hohen Ton moralischer Selbstbestätigung der Sozialismus wieder angeboten. Glaubt man den Grünen oder den Sozialdemokraten, bei denen sich inzwischen auch Funktionäre der CDU fröhlich untergehakt haben, dann hat die Soziale Marktwirtschaft versagt. So erklärte der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag erstaunlich ahnungslos: „Das derzeit noch gängige Leitbild ‚So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig‘ ist nicht mehr zeitgemäß.“

Soziale Marktwirtschaft nicht mehr zeitgemäß?

Das Erfolgsmodell der Bundesrepublik, die Soziale Marktwirtschaft, ist also aus Sicht der SPD nicht mehr zeitgemäß. Andere aus der Partei sprechen bereits viel unverblümter, formulieren die Konsequenz seiner Anmerkungen, wenn sie Enteignungen fordern oder den Sozialismus zur „DNS der SPD“ erklären oder, wie es die Jusos ausdrücken, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit auflösen möchten, indem die Produktionsmittel enteignet und sie gemeinwohlorientiert vergesellschaftet, also verstaatlicht werden.

Neu ist nicht, dass die Jusos von einem „umwälzenden Umbruch“, von der Abschaffung der kapitalistischen und von der Einführung der sozialistischen Produktionsweise träumen; neu ist aber, dass sie so viel Einfluss auf die SPD haben. Jüngst hat die SPD zwei Vorsitzende gewählt, die sich nur hinsichtlich des Alters, aber nicht hinsichtlich reiferer Ideen von den Jusos unterscheiden. Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken wirbt für einen demokratischen Sozialismus, obwohl doch jeder weiß, dass demokratischer Sozialismus eine *Contradictio in Adjecto* ist, eine Mogelpackung. Sowohl Willy Brandt, als auch Helmut Schmidt stellten als Regierungschefs klar, dass sie nicht Kanzler der Jusos oder der SPD, sondern die Bundeskanzler aller Deutschen und des deutschen Volkes sind.

Die Grünen wären nicht die Grünen, wenn sie nicht die Abschaffung der Sozialen Marktwirtschaft gleisnerisch im Projekt einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft verstecken würden, denn bei genauem Hinsehen wird das Soziale durch die zuweilen frei phantasierten ökologischen Notwendigkeiten außer Kraft gesetzt. Weil das Bruttoinlandsprodukt (BIP) „blind“ sei „für die sozialen Folgen und die ökologischen Schäden“, will man es durch eine Gemeinwohlbilanzierung ergänzen, wodurch das BIP aus dem Bereich nachprüfbarer Statistik in die abgehobenen Sphären der Ideologie entführt wird.

Wie das Thermometer blind für die „sozialen Folgen und die ökologischen Schäden“ der Temperaturschwankungen ist, so auch das BIP, denn darin besteht nicht seine Aufgabe. Das BIP trifft Aussagen über die Wirtschaftsleistung eines Landes. Die Grünen verwechseln Wirtschaftsleistung mit Wohlstand. Wirtschaftsleistung ist ein mathematisch klar zu erhebender Wert, während Wohlstand eine willkürliche Größe darstellt, die abhängig von ihrer Definition ist, also was unter Wohlstand verstanden wird. Indem die „Gemeinwohlbilanzierung“ dem BIP an die Seite gestellt wird, nutzen die Grünen ihre von Antonio Gramsci entlehnte Grundtaktik, das, was einem nicht gefällt und was man abschaffen will, solange zu ergänzen und zu erweitern, bis nichts mehr davon übrig bleibt.

In diesem Sinne hat auch das Magazin Stern die alte Argumentationslinie der großen Menschheitsverbrecher

aufgegriffen, wonach „zivilisatorische Rückschritte“ akzeptabel sind, jedes Opfer verlangt werden darf, wenn es um das große Ganze und das Überleben geht: „Die existenzielle Bedrohung durch den Klimawandel erfordert eine neue Rangfolge: Klima zuerst. (...) Doch wenn vollkommene soziale Gerechtigkeit so schnell nicht erreicht werden kann, muss der Wandel trotzdem sein. Das Soziale kommt ab jetzt erst an zweiter Stelle. Das Tempo der Erderwärmung zwingt uns, die alten Methoden wieder anzuwenden, von denen wir dachten, wir hätten sie überwunden: Zwang, Verbote, Kontrolle und Strafe. Es tut weh, so etwas Autoritäres zu schreiben. Aber wir müssen solche zivilisatorischen Rückschritte in Kauf nehmen, um die Zivilisation zu retten.“ Oder kurz: Der Zweck heiligt die Mittel.

Aber nicht nur das Soziale, auch der Markt hat in der schönen grünen Welt keine Zukunftsaussicht, denn ihm wird die Freiheit genommen, weil eine Zentralstelle zur Kontrolle und zur Lenkung der „Stoffströme“ eingerichtet werden soll, wie immerhin der Sachverständigenrat für Umweltfragen als wissenschaftliches Beratungsgremium der Bundesregierung fordert.

Historische Vergegenwärtigung der schwierigen Frühphase der Sozialen Marktwirtschaft

Dreißig Jahre, nachdem die Ostdeutschen die SED gestürzt, das Tor zur Freiheit, zur Demokratie und zur Sozialen Marktwirtschaft aufgestoßen und damit dem Sozialismus und der Planwirtschaft eine Absage erteilt haben, werden auf den Straßen und in den Parteien wieder Rufe nach Verboten und Enteignungen, nach Unfreiheit, nach Sozialismus, nach Zensur und Verstaatlichung der Wirtschaft laut.

In dieser Situation hilft historische Vergegenwärtigung. Peter Hoeres erinnert uns in seinem Standardwerk zur bundesdeutschen Mediengeschichte daran, dass bereits die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft alles andere als ein Selbstläufer war, sondern dass sie hart erkämpft werden musste. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich eine ohnehin schon starke antikapitalistische Stimmung in breiten Kreisen noch verstärkt. An der Katastrophe des Nationalsozialismus wurde dem kapitalistischen System eine Mitschuld gegeben, obwohl im Gegenteil gerade der Nationalsozialismus, wie sein Name schon sagt, den Kapitalismus durch staatliche Eingriffe überformt oder eingeschränkt hat. Zwar gängelte die deutsche Wirtschaft kein sowjetischer Fünfjahresplan, dafür aber ein nationalsozialistischer Vierjahresplan.

Im Ahlener Programm der nordrhein-westfälischen CDU vom 3. Februar 1947 hieß es: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen

und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“ Und: „Die neue Struktur der deutschen Wirtschaft muss davon ausgehen, dass die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus vorbei ist.“

Das Verdienst der FAZ und der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft

Ein großes Verdienst an der Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in diesem schwierigen Umfeld kommt der FAZ zu, wie Peter Hoeres so überzeugend, wie spannend herausarbeitet. Nicht zuletzt deswegen wurden Redakteure der jungen Zeitung in Anspielung auf den Wirtschaftsminister Ludwig Erhard auch zur „Brigade Erhard“ gezählt. Der Würzburger Historiker skizziert den Anfang der FAZ zutreffend mit den Worten: „Ähnlich wie in der Gründungsphase der FZ stand auch bei der FAZ am Anfang die Wirtschaft im Zentrum, und zwar im doppelten Sinne: Die Gestaltung einer freien Wirtschaftsordnung war das Mission Statement der Zeitung, und es waren Industrielle, die das neue Blatt mit ihren Zuwendungen ins Leben riefen.“

Dazu wurde im Jahr 1947 die „Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947 e.V.“ (WiPoG), unter anderem von Otto Klepper, dem ersten hessischen Wirtschaftsminister Rudolf Mueller, dem Frankfurter Oberbürgermeister Kurt Blaum und Ludwig Erhard gegründet. Peter Hoeres umreißt das Ziel der WiPoG präzise: „Die Gesellschaft wollte in einer planwirtschaftlich und sozialistisch orientierten Umwelt für die Marktwirtschaft werben, dabei aber explizit nicht die Gesinnungsegoisten der Industrie vertreten, sondern auf die ‚Entproletarisierung‘ der Arbeiter, das heißt deren Teilnahme am wirtschaftlichen Erfolg dringen und eine gemeinwohlorientierte soziale Synthese der Interessen erreichen.“

Mit den Düsseldorfer Leitsätzen der CDU vom 15. Juli 1949 wurden einige Positionen des Ahlener Programms überwunden, andere hingegen wie beispielsweise die betriebliche Mitbestimmung übernommen und weiterentwickelt. Im Großen und Ganzen standen die Leitsätze neben dem Ahlener Programm, weil Konrad Adenauer niemanden in der Partei verprellen wollte und pragmatisch darauf setzte, dass sich das Richtige schon in der Praxis durchsetzen werde.

Die Düsseldorfer Leitsätze fußten auf dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft: „Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt. Diese Ordnung wird geschaffen durch Freiheit und Bindung, die in der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ durch echten Leistungswettbewerb und unabhängige Monopolkontrolle zum Ausdruck kommen. Echter Leistungswettbewerb liegt vor, wenn durch eine Wettbewerbsordnung sichergestellt ist, dass bei gleichen Chancen und fairen Wettkampfbedingungen in freier Konkurrenz die bessere Leistung belohnt wird. Das Zusammenwirken aller Beteiligten wird durch marktgerechte Preise gesteuert.“

Wissend, dass es zur Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft einer großen Standhaftigkeit und einer noch

größeren Überzeugungsarbeit samt erstklassiger Publizistik bedurfte, schuf die WiPoG die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Gründung der FAZ, deren erste Ausgabe am 1. November 1949 erschien. Angeregt vom amerikanischen Militärgouverneur, der sich 1948 mit badischen und württembergischen Industriellen traf, wie Peter Hoeres schreibt, initiierte der Vorstandsvorsitzende der Salamander AG, Alex Haffner, die Sammlung von Geldern für das Zeitungsprojekt. „Haffner lud dann im August 1949 zu einem Treffen von Unternehmern nach Kornwestheim ein, um das nötige Startkapital für die Gründung einer überregionalen Zeitung zu sammeln.“

Unabhängigkeit und Standhaftigkeit – auch in Zukunft?

Nicht nur die wirtschaftspolitische Verortung der FAZ spielte am Anfang eine große Rolle, sondern auch die Unabhängigkeit der Redaktion. Es gelang der Redaktion von Beginn an, sich von der WiPoG und den anderen Geldgebern unabhängig zu halten, auch wenn das Standhaftigkeit erforderte und Kämpfe durchzustehen hieß. Diese journalistische Unabhängigkeit musste täglich verteidigt werden und wurde schließlich 1959 durch die Gründung der FAZIT-Stiftung institutionalisiert.

Im Anfang der FAZ stand die Ausrichtung auf die Wirtschaftspolitik, auf die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft, doch sollten zunehmend die Bereiche Politik und Feuilleton Bedeutung gewinnen, sodass aus heutiger Sicht der wirtschaftspolitische Anfang der Zeitung den einen oder anderen zu überraschen vermag.

Eines allerdings hat die Zeitung stets geprägt: dass sie sich jeder politischen Inanspruchnahme verweigerte und einen erstaunlich vielfältigen und weiten Binnenpluralismus im Blatt pflegte, nach dem man sich heute nur noch nostalgisch zurücksehnen kann. Immer noch lebt die FAZ von ihrem Image, doch in Zeiten des aktivistischen Journalismus, in denen der richtigen Haltung das entscheidende Kriterium zukommt und man auf die Objektivitätsforderung von Hajo Friedrich nur mitleidig herabblickt und in denen man meint, sich mit der „guten Sache“ gemein machen zu müssen, verliert die FAZ zusehends an diesem Profil. Allein der Wirtschaftsteil erinnert noch an den Geist, in dem die FAZ gegründet wurde.

Der Haushaltsausschuss des Bundestags hat beschlossen, dass die Zeitungsverlage aus Steuergeldern finanziell unterstützt werden. Die Gründer der FAZ hätten es als eine Beleidigung und als unseriös empfunden, vom Staat Geld zu nehmen. Man wird sehen, wie sich ihre Nachnachsfolger verhalten. Man wird sehen, ob die Geschichte der FAZ endet, oder ob ein neuer Impuls, der aus dem alten Ethos der Zeitung kommt, der Zeitung Relevanz verleiht – ob in das traditionsreiche Blatt ein durchweg aufregender Journalismus zurückkehrt.

Wer verstehen will, was darunter zu verstehen ist, sollte in das exzellente Buch von Peter Hoeres schauen. Die Geschichte kritisiert die Gegenwart, denn ohne diese Geschichte hätte die FAZ niemals zu einer der wichtigsten Zeitung in Deutschland aufsteigen können. Will sich die Zeitung auch ohne Staatsgelder behaupten, muss sie sich ihrer Geschichte erinnern und den Geist des Anfangs wiederbeleben. Was Deutschland nottut, ist eine Zeitung, wie

sie die FAZ einmal war.

Die Historiographie der Frankfurter Allgemeinen Zeitung durch den Würzburger Historiker Peter Hoeres stellt nicht nur eine ausgezeichnete Mediengeschichte dar, sondern erzählt im Grunde die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihrem Anfang bis in die jüngste Zeit hinein, kompetent, archivgestützt und mit stilistisch sicherem Gespür für die Pointe. Der Leser wird auf hohem Niveau informiert und unterhalten.

Der Zugang zum Archiv der FAZ, der Peter Hoeres gewährt wurde und in dem er ausgezeichnet gearbeitet hatte, erlaubte ihm, die Geschichte ausgesprochen faktenreich, vor allem aber treffsicher und persönlich zu halten. Die Geschichte der Zeitung wird zu einer Geschichte von Menschen, von Charakteren, durch die dieses Medium wurde, was es war, von Menschen mit ihren großen Fähigkeiten und ihren mehr oder weniger lässlichen Sünden. Peter Hoeres gelingt, was Historiographie nur in den besten, den souveränen Vertretern des Faches leistet: die Geschichte von Menschen zu erzählen.

Besprochen wird: Peter Hoeres, Zeitung für Deutschland. Die Geschichte der FAZ, Benevento Verlag, 600 Seiten.